

Beilage 4895

Bericht

des

Ausschusses für Besoldungsfragen

zum

Antrag der Abgeordneten Pittroff und Högn betreffend Unterhaltszuschüsse für verheiratete Beamtenanwärter im Vorbereitungsdienst (Beilage 4843)

Berichterstatter: Falb

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob nicht § 3 Abs. 2 der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen über die Unterhaltszuschüsse und Vergütungen bei Beschäftigungsaufträgen für Beamtenanwärter vom 6. Juli 1953 (GVBl. S. 104) aufgehoben werden kann und kinderlos verheiratete Beamtenanwärter im Vorbereitungsdienst an den allgemeinen Erhöhungen der Unterhaltszuschüsse teilnehmen können.

München, den 7. Dezember 1953

Der Vorsitzende:

I. V.

Donsberger

Beilage 4896

Interpellation

Betreff:

Kritik am sozialen Wohnungsbau und an den dabei angewendeten Finanzierungsmethoden

1. Ist die Staatsregierung bereit, zu der in den letzten Wochen von bedeutenden Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit geübten Kritik am sozialen Wohnungsbau und an den bisher dabei angewendeten Finanzierungsmethoden Stellung zu nehmen? Ist der Staatsregierung bekannt, daß diese Kritik in den breitesten Schichten der Bevölkerung lebhaft Unruhe und Befürchtungen ausgelöst hat?
2. Welche grundsätzliche Politik verfolgt die Staatsregierung bei der weiteren Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus?

München, den 9. Dezember 1953

von Knoeringen
und Fraktion (SPD)

Beilage 4897

Interpellation

Betreff:

Reprivatisierung der im Staatsbesitz befindlichen Anorgana

1. Welche Vertragsvereinbarungen wurden vom Bayerischen Staat bei der Übernahme der Anorgana mit den früheren Eigentümern der Anorgana oder dritten Personen getroffen?
2. Welche finanziellen Aufwendungen (Kapitalhergabe, Übernahme von Schulden, Übernahme von Bürgschaften, Hergabe von Krediten etc.) hat der Bayerische Staat auf Grund dieser Vereinbarungen bis jetzt gemacht, welche hat er noch zu machen, und welches ist das finanzielle Risiko, das sich darüber hinaus ergibt?
3. Auf Grund welcher wirtschaftlichen Überlegungen ist der zu zahlende Kaufpreis gerechtfertigt? Welches Produktionsprogramm ist vorgesehen und wie soll die Finanzierung des Produktionsprogramms gesichert werden?
4. Wie denkt sich die Staatsregierung eine Reprivatisierung durchzuführen? Welche Abmachungen sind mit den früheren Besitzern über ein Rückkaufsrecht getroffen?
Wenn ja, zu welchen Bedingungen?

München, den 10. Dezember 1953

Bezold, Dr. Bungartz
und Fraktion (FDP),

Bantele, Gärtner, Gegenwarth, Nerlinger, Seibert
(sämtliche BP)

Beilage 4898

Bericht

des

Ausschusses für Grenzlandfragen

zum

Antrag des Abgeordneten Dr. Lippert und Genossen betreffend Einräumung günstigerer Darlehensbedingungen für die bayerischen Grenzgebiete (Beilage 4800)

Berichterstatter: Wolf Hans

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund und bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dahin zu wirken, daß in den Gebieten unserer bayerischen Nord- und Ostgrenze bei Straßen-, Kanalisations- und Wasserleitungsbauten für die Mittel der verstärkten Förderung günstigere Darlehensbedingungen (Zins und Tilgung) eingeräumt werden.

München, den 7. Dezember 1953

Der Vorsitzende:

I. V.

Freundl